



Österreich



Nach der Wiener Wahl: Jetzt erst recht

Das Wahlergebnis vom 10. Oktober war ein Schock – und ein Auftrag zur Aktivität gegen die FPÖ und die Ursachen, die ihren Wahlsieg möglich gemacht haben. Die SLP hat stets betont, dass ohne die Beseitigung der Ursachen das Symptom Rechtsextremismus nicht gelöst wird.

SEITE 2

Betrieb & Gewerkschaft



Her mit der Marie!

Knapp drei Jahre ist es her seit Beginn der Wirtschaftskrise. Der Preis für war hoch und den sollen wir – Jugendliche, Beschäftigte, PensionistInnen, Studierende und Arbeitslose – zahlen. Die Zeit ist also mehr als reif, für wirkliche, spürbare Lohnerhöhungen.

SEITE 3

Schwerpunkt



Kapitalismus macht arm

Österreich ist das achtreichste Land der Welt. Dennoch sind eine Million Menschen armutsgefährdet. Am stärksten betroffen: Frauen, MigrantInnen, Alleinerziehende, prekär Beschäftigte und Erwerbslose.

SEITEN 4/5

Internationales

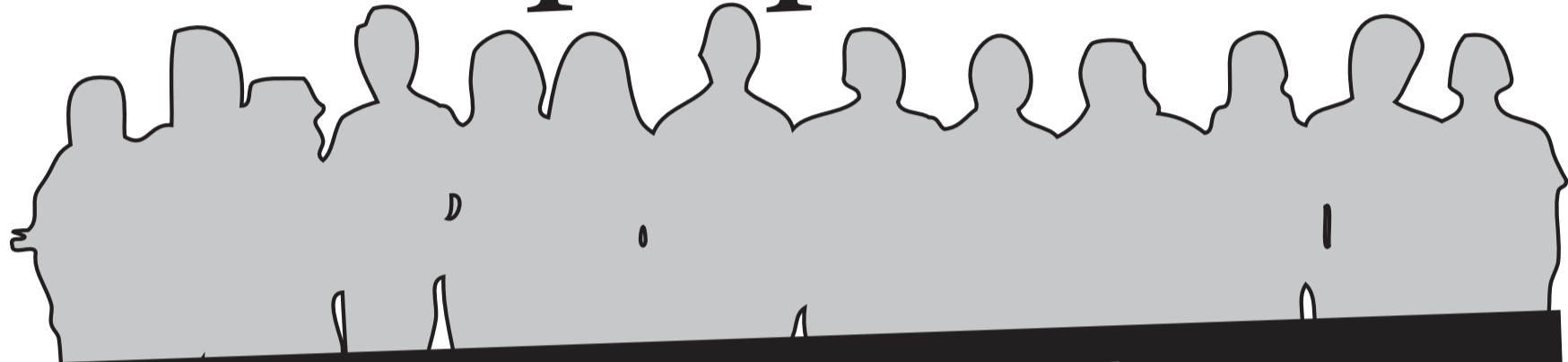


Stürmische Zeiten in Großbritannien

Bis 2015 soll ein 109 Milliarden schweres Defizit komplett verschwinden. Dies soll mit beispiellosen Angriffen auf arbeitende Menschen, Erwerbslose, Jugendliche und SozialhilfeempfängerInnen durchgesetzt werden.

SEITE 7

27% für die FPÖ Abschiebungen Sparpaket



Mach Deine Wut zu

Widerstand

„Reicher Mann und armer Mann standen da und sah'n sich an; und der Arme sagte bleich, wär ich nicht arm, wärst du nicht reich.“ (Berthold Brecht)

von Jan Rybak, SLP-Salzburg

Von 19.-21.11. findet in Wien die Luxusmesse statt. „Luxury please“ lautet das Motto. Die meisten Menschen würden sich über etwas „Luxus“ freuen. Doch nur die Superreichen können auf der Messe prassen. Für immer mehr Menschen bedeutet „Luxus“ einmal im Monat essen zu gehen, im Winter die Wohnung zu heizen und sich bei Bedarf neue Kleidung kaufen zu können. Jene 300.000 Menschen, die in Österreich als manifest arm gelten können sich nicht einmal das leisten.

Sie stellen ihren Reichtum zur Schau

UnternehmerInnen, ManagerInnen und sonstige Superreiche werden sich in der Wiener Hofburg zwischen neuesten Luxuswägen und Designermöbeln tummeln. Es sind eben jene, die die Krise nicht spüren und sich in unzähligen Fällen sogar deutlich bereichert haben.

Während Magna seinen Beschäftigten einen „Solidarbeitrag“ in Form von Lohnverzicht abverlangte, wurde versucht Opel aufzukaufen – erfolglos. Vorstandsvorsitzender Siegfried Wolf genehmigte sich zum Trost ein Jahresgehalt von zehn Millionen Euro. Die „Erste Bank“ machte 2008 ihrem Namen alle Ehre und beantragte als erste österreichische Bank Unterstützung aus dem Bankenrettungspaket. 2,7 Mrd. flossen zu günstigsten Bedingungen, obwohl deren Holding, die „Erste

Group Bank AG“ den Konzernüberschuss in den ersten drei Quartalen 2008 um 74,6 % erhöhen konnte. Generaldirektor Andreas Treichl belohnte sich für die erfolgreiche Inanspruchnahme der Unterstützung durch die SteuerzahlerInnen mit einem Jahresgehalt von vier Mio. Euro.

Die Erste Bank nutzte die von der Regierung großzügig verteilten Steuergelder für eine Aufstockung ihrer Eigenkapitalquote von 7,5 auf 10,3 %. Das war Voraussetzung um die Hochrisikogeschäfte in Osteuropa weiterführen zu können. Gerade dort liegen faule Kredite in einem Ausmaß zwischen 25% (Hypo) und 8,9% (Erste Bank). Das Geld der SteuerzahlerInnen wurde also genutzt um die Hochrisikogeschäfte und Spekulationen, die der Auslöser für die Finanz- und Wirtschaftskrise waren, weiter zu führen. Neue Blasen und ein erneutes Auftreten einer Welle von Bankenkrisen werden dadurch wahrscheinlicher.

Zurückhaltung vor den Wahlen – Jetzt aber geht's los!

Die Einbrüche bei den Banken und an den Börsen ließen in Folge auch die Probleme in der „Realwirtschaft“ aufbrechen. Die Grundlage für die Krise der vergangenen Jahre waren in weiten Teilen der Wirtschaft die bestehenden Überkapazitäten. In den wenigsten Bereichen – z.B. der Automobilindustrie – sind diese aber abgebaut. Auch im Fi-

nanzsektor hat sich an der Frage „wo gewinnbringend investieren“ nichts geändert.

Die Regierung hat mit Stimulationsprogrammen wie etwa der Abwrackprämie oder öffentlichen Bauaufträgen in manchen Wirtschaftsbereichen den Zusammenbruch verschoben. Das Auslaufen dieser Programme fällt nun nach den Wahlen mit den geplanten Kürzungspaketen der Regierung zusammen. Das „Tal der Tränen“ durch das uns Finanzminister Pröll schicken will kommt zum ohnehin drohenden „double dip“, also einem zweiten Eintauchen in die Rezession, hinzu. Die Folgen einer zweiten Krisenwelle werden verheerend sein. Nach den Zahlungen im Zuge der ersten Welle (Bankenrettungs- und Konjunkturpakete) der Regierung ist der Spielraum zum Handeln kleiner geworden. Darum soll jetzt die breite Masse der Bevölkerung den Staatssäckel für die nächsten „Rettungs“pakete (=Zahlungen an Unternehmen) füllen. Kürzungen bei Pensionen, die Streichung der 13. Familienbeihilfe, Angriffe auf ÖBBLerInnen und Kürzungen bei Bildung und Pflege stehen im Raum. Betroffen ist die breite Masse der Bevölkerung. Die Reichen werden verschont. Nicht einmal weichgespülte Vorschläge, wie die Anhebung der vermögensbezogenen Steuern auf europäisches Niveau stehen wirklich auf der Tagesordnung. Von den ohnehin schon knieweichen SPÖ-Forderungen wird am Ende des Tages kaum noch

was übrig bleiben. Auch die FPÖ, die behauptete an der Seite der „kleinen Leute“ zu stehen ist gegen eine Vermögenssteuer und schützt damit die Superreichen.

Proteste gegen die Luxusmesse mitorganisieren!

Nicht ohne Grund hat die Regierung die Budgetrede auf Anfang Dezember verlegt. Sie rechnet mit Widerstand und geht davon aus, dass sich in der Weihnachtszeit schlecht mobilisieren lässt. Fraglich ist, ob der ÖGB bereit ist, ernsthaften und konsequenten Widerstand gegen die Angriffe zu organisieren. Bisher hat der ÖGB ArbeitnehmerInnen, Jugendliche und PensionistInnen weitgehend im Stich gelassen. Weder wurden Arbeitsplätze durch Demonstrationen und Streiks verteidigt, noch die „Mindestsicherung“ – die in Wirklichkeit die österreichische Version von Hartz4 ist – verhindert (deren Einführung wurde skandalöserweise sogar begrüßt).

Mit dem kommenden Budget wird es der Mehrheit der Menschen, die sich nicht auf Luxusmessen herumtreiben an den Kragen gehen. Die Gewerkschaften sind aufgerufen, Kampfmaßnahmen gegen die drohenden Verschlechterung und Kürzung zu organisieren. Die SLP hat die Initiative für Proteste gegen die Luxusmesse gesetzt und lädt alle ein, sich daran zu beteiligen!



Der Standpunkt

von Sonja Grusch,
SLP-Bundessprecherin

Häupl & Faymann:

Straches beste Wahlhelfer

Die FPÖ hatte im Wiener Wahlkampf entscheidende Wahlhelfer: die Bundesregierung, im besonderen die SPÖ. Aber nein, Häupl hat sich doch zum roten Ritter gegen den blauen Drachen Strache hochstilisiert. Dass diese Strategie gescheitert ist, hat viele Gründe:

(1) Privatisierung und Zerschlagung der Verstaatlichten Betriebe in den 1980er Jahren und Ausgliederungen bis heute: zehntausende Jobs gingen verloren, die Menschen wurden arbeitslos. In der Gemeinde Wien wurde u.a. der gesamte Sozialbereich in den privatwirtschaftlich agierenden Fonds Soziales Wien ausgegliedert. Das Ergebnis: Stress, Druck, schlechtere Leistungen im Sozialsystem

(2) Übernahme neoliberaler Doktrin, Orientierung an den Bedürfnissen des Marktes: seit rund zehn Jahren wird in Wien kein sozialer Wohnbau mehr betrieben, dafür wachsen die Probleme in den Gemeindebauten, weil z.B. zu wenig in die Renovierung gesteckt wird. Die Mieten steigen, die Wohnungssituation wird schwerer.

(3) Es kommt das härteste Sparpaket der 2. Republik und die SPÖ wird es mit-basteln, mit-beschließen und mit-umsetzen.

(4) Law & Order: statt Probleme zu lösen werden vermeintliche Unruhestifter bekämpft. Lärm im Gemeindebau wird mit Lärm von MigrantInnen gleichgesetzt und mit Hausordnung und „Ordnungskräften“ (O-Ton Häupl) bekämpft. Die Armut steigt – und die Armen werden mit einem Bettelverbot und einer vier Euro Nächtigungsgebühr in Notschlafstellen bestraft.

(5) MigrantInnen werden stigmatisiert und diskriminiert, die SPÖ hat jedes rassistische Gesetz der letzten Jahre mit beschlossen. Sie tut nichts gegen die Abschiebewelle.

Wird das Wahlergebnis zu einem Umdenken in der SPÖ führen? Ja – aber sie wird noch stärker versuchen, mit FPÖ-Themen und Ansätzen Boden gut zu machen. Das hat sie in Linz gemacht, als sie einen ultrarechten Freiheitlichen zum Sicherheitsstadtrat gemacht hat. Aber es geht darum, der FPÖ tatsächlich den Boden zu entziehen. Durch echte sozialistische Politik: durch den gemeinsamen Kampf von In- und AusländerInnen gegen das kommende Sparpaket und für volle Rechte für alle die hier leben. Bei dem Kampf wird die SPÖ in der Praxis wohl auf der anderen Seite stehen..

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Druck: digiDruck, 1100 Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien; DVR: 0820202 Zulassungsnr: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733

Schlussfolgerungen aus der Wiener Wahl

Jetzt erst recht!

Auszug aus einer Stellungnahme der SLP-Bundesleitung
(der ganze Text ist auf www.slp.at)

Das Wahlergebnis vom 10. Oktober war ein Schock – und ein Auftrag zur Aktivität gegen die FPÖ und die Ursachen, die ihren Wahlsieg möglich gemacht haben.

Ursache ist Unfähigkeit der etablierten Parteien

Die SLP hat stets betont, dass ohne die Beseitigung der Ursachen das Symptom Rechtsextremismus nicht gelöst wird. Diese Wahlen haben gezeigt, dass auch interne Richtungsstreitigkeiten und Rückschläge den Aufstieg einer rechten Kraft nicht stoppen können, solange es keine Alternative von Links gibt.

Die FPÖ profitiert davon, dass SPÖ und ÖVP seit Jahrzehnten rassistische Politik betreiben. Die Gesetze für MigrantInnen und AsylwerberInnen werden laufend verschärft. Sie werden systematisch diskriminiert und als Störfaktor, Kriminelle, Sozialschmarotzer etc. abgestempelt. Auch die Gewerkschaft hat kaum etwas unternommen, um die Spaltung von ArbeitnehmerInnen zu überwinden. Da erscheint der Rassismus der FPÖ als normal bzw. als etwas härtere Version der Regierungspolitik. Die politische Dominanz der Sozialpartnerschaft bedeute Passivität der ArbeitnehmerInnen, nur durch die Streiks 2003 unterbrochen. Das Fehlen einer positiven Erfahrung aus gemeinsamen Kämpfen, kombiniert mit der rassistischen Propaganda und dem Aufstieg der rechtsextremen FPÖ, hat zu einer Verankerung des rassistischen Denkens in Teilen der ArbeiterInnenklasse geführt. Dieser Rassismus wird aber bei größeren sozialen Kämpfen und den konkreten Erfahrungen bei vielen Menschen auch zurückgedrängt.

Soziale Frage dominiert unter der Oberfläche

Die FPÖ profitiert v.a auch von der sich verschärfenden sozialen Lage. Der „bei uns ist eh alles super“ Wahlkampf der SPÖ ging an der Realität von vielen

vorbei. Der pseudo-sozialen Rhetorik der SPÖ wurde nicht geglaubt – zu Recht.

Testwahlen in Schulen haben gezeigt, dass, wenn die Wahlentscheidung nach Inhalten, nicht nach Parteinaamen erfolgt, viele links wählen. Das darf keine Entwarnung geben bezüglich der Gefahren von Rassismus, zeigt aber wo die Lösungen liegen. Nämlich in einer anti-kapitalistischen Sozial- und Wirtschaftspolitik.

Solidarität statt Häupls Hausordnung!

Die SPÖ hat Probleme entweder negiert oder „FPÖ-Light“-Antworten gegeben: nämlich die „Hausordnung“, diverse „Ordnungskräfte“, das Bettelverbot und die vier Euro Nächtigungsgebühr für Notschlafstellen. All das unterstützte letztlich den FPÖ-Wahlkampf.

Jede neue Stadtregierung heißt Sozialabbau...

Eine SPÖ/ÖVP Stadtregierung bedeute mehr Wiener Sozialabbau und vor allem eine widerstandslose Umsetzung der Sparpakete der Bundesregierung. Dagegen braucht es Widerstand. Aber egal ob rosa-grün oder rosa-schwarz – die Ausgangslage ist gleich: Kürzungsvorgaben der Bundesregierung, ein riesiger Schuldenberg, ein nächster wirtschaftlicher Einbruch und der Glaube, der Kapitalismus wäre alternativlos.

Die SPÖ setzt nach der Wahl noch stärker auf „Österreich zuerst“ und „Law&Order“. In den SP-Jugendorganisationen und bei manchen WählerInnen mag es Hoffnungen in eine menschlichere und sozialere Politik durch eine grüne Regierungsbeteiligung geben. Doch die Grünen wären kein linkes Regulativ in einer Stadtregierung, sondern würden letztlich die Einsparungspolitik und die Kürzungen mittragen. Wir wollen mit allen, die sich jetzt für „rot-grün“ stark machen, gemeinsam für eine linke Politik aktiv werden. Sozialistische Maßnahmen kommen nicht durch Stadtregierungen sondern müssen durch Druck auf der Straße und im Betrieb erkämpft wer-



Die SLP-Aktion
„Kein Platz für
Rassisten am
Hannovermarkt“
wurde von
Marktstandlern
gut angenommen.

den. Eine echte sozialistische Politik könnte Armut und Arbeitslosigkeit in Wien schlagartig beseitigen und den rechten Hetzern der Boden entziehen.

SLP zeigt im Kleinen was im Großen möglich wäre

Neben den Großparteien sind auch die KPÖ, die SLP und andere Linke angetreten. Die SLP hat als einzige die Themen Wirtschaftskrise – soziale Probleme – Rassismus verbunden und beantwortet. Mit einem offensiven Wahlkampf konnten wir unsere Stimmen auf Bezirksebene im Vergleich zu 2005 mehr als verdoppeln. Verglichen mit

den Parteien des Establishments haben wir natürlich wenig Stimmen bekommen. Das Ergebnis zeigt aber, dass mit lokal verankerten Kampagnen und einem kämpferischen Auftreten linke Alternativen erfolgreich sein können.

Der Schock über den FPÖ-Erfolg wird viele wachrütteln. Nun geht es darum, auch wach zu bleiben und sich zu organisieren. Jetzt erst recht geht es darum, in Wien den gemeinsamen Kampf von InländerInnen und MigrantInnen, von jung und alt gegen Sozialabbau und Rassismus zu organisieren – und damit den Grundstein für eine neue sozialistische Partei für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche zu legen.

Widerstand gegen Unipolitik der Regierung

Brennt die Uni auch 2010?

von Nora Brandes, Studentin und SLP-Wien

Neue Angriffe auf die Bildung stehen bevor. 2011 sollen 112 Mio.EUR und bis 2014 insgesamt 234 Mio.EUR gekürzt werden. Ein Minus von 5% bei der Bildung. Während Unterrichtsministerin Schmied mit einem neuen LehrerInnendienstrecht die Lehrverpflichtung erhöhen und den Unterricht verschlechtern will, plant Wissenschaftsministerin Karl Studiengebühren und Zugangsbeschränkungen. Die Unis sollen noch mehr an die Bedürfnisse der Wirtschaft angepasst werden, d.h. Druck erhöhen, Unis verschulen, Bildung privatisieren.

Studium nur mehr für Reiche?

Studierende werden als Schmarotzer dargestellt, die für den „Luxus“ einer universitären Ausbildung zahlen sollen. Dabei müssen 60% der Studierenden arbeiten, um überleben zu können. Der ÖVP-Vorschlag, die Mineralölsteuer zu erhöhen um die Unis zu finanzieren, ist ein weiterer Versuch ArbeitnehmerInnen gegen Studierende auszuspielen. Die Idee, noch mehr Privatinvestoren an die Unis zu holen, lehnen wir ab, da wir keine Uni wollen, die von der Wirtschaft abhängig ist. Auch Zugangsbeschränkungen sind keine Lösung für

die schlechte Qualität des Bildungssystems. Einzelne Fachbereiche haben bereits Aufnahmeverfahren, der Zugang zu FHs ist flächendeckend reglementiert. Die von der SPÖ mitbeschlossene „Studieneingangsphase neu“ ermöglicht überall Zugangsbeschränkungen. Fehlende Seminarplätze sind Resultat schlechter Finanzierung und nicht steigender Studierendenzahlen. Denn: Österreich liegt bei den StudienanfängerInnen trotz Anstiegs der Studierendenzahlen noch immer 17% unter dem OECD-Schnitt. Studiengebühren und Zugangsbeschränkungen machen Studierende finanziell noch stärker von ihren Eltern abhängig und führen dazu, dass nur jene eine Chance haben, die über genügend Geld und Zeit verfügen.

Von 2009 lernen

Die Regierung will das Unibudget ab 2013 einfrieren. Für den 19.10 beriefen die Rektoren landesweit Vollversammlungen von Lehrenden und Studierenden ein. Außerdem fanden Studierendendemos statt. 2009 waren Uni-Betriebsrat und Lehrende nicht Teil der Bewegung. Es ist gut, wenn sie diesmal dabei sind. Obwohl die Rektoren keine Bündnispartner für die Studierenden sind, solange sie Zugangsbeschränkungen und Studiengebühren nicht eindeutig ablehnen, kann dies

der Anfang einer Bewegung sein. Dabei müssen die Lehren aus der unbrennt-Bewegung gezogen werden: Um den Schwung einer Bewegung zu nutzen und koordiniert zu agieren sind demokratisch legitimierte Strukturen und arbeitsteiliges Vorgehen notwendig. Nur so können Plena und Aktionen ordentlich vorbereitet und gemeinsam Perspektiven und Forderungen erarbeitet werden. 2009 gab es gemeinsame Proteste von MetallerInnen und Studis – der gemeinsame Kampf mit ArbeitnehmerInnen & Arbeitslosen, SchülerInnen und anderen sozialen Bewegungen ist extrem wichtig für eine erfolgreiche Bewegung.

Wir fordern:

- ▶ 100 Mrd. EUR für Bildung und Soziales statt für Banken und Konzerne
- ▶ Weg mit den Studiengebühren für Nicht-EU-StaatsbürgerInnen und für jene, die länger als die Mindestdauer studieren
- ▶ Studierendeneinkommen von 1.200 EUR
- ▶ Weg mit allen Zugangsbeschränkungen
- ▶ Schluss mit prekären Arbeitsverhältnissen an der Uni
- ▶ Raus mit privaten Investoren aus der Uni

Der nächste Aufschwung kommt! Bestimmt! Sicher! Ganz sicher! Aber jetzt ist noch zu früh für „maßlose“ Lohnforderungen...

Bankenrettungspaket für ArbeiterInnen: Her mit der Marie!

von Ali Kropf, SLP-Wien

Knapp drei Jahre ist es her seit Beginn der Wirtschaftskrise. Drei Jahre in denen weltweit unglaubliche Summen in den Banken- und Wirtschaftssektor „gepumpt“ wurden. Der Preis dafür war hoch und den sollen wir – Jugendliche, Beschäftigte, PensionistInnen, Studierende und Arbeitslose – zahlen.

Zig Millionen Menschen haben in der Krise ihre Jobs und oder ihre Existenzgrundlage verloren. Als Faustregel lässt sich aufstellen: je ärmer, desto stärker betroffen von der Krise. Und nun sollen auch noch die Kosten für Banken- und Wirtschaftsrettungspakete auf die Bevölkerung abgewälzt werden. In Deutschland über 80 Milliarden, in Österreich fast 25 Milliarden Euro! Die, die also schon mit ihrem Lebensstandard und Jobs bezahlt haben, werden nochmals zur Kasse gebeten. Durch Steuer- und Abgabenerhöhungen und rigorosen Einsparungen bei Sozialleistungen.

Ist der Aufschwung da, schon wieder weg oder war er noch gar nicht da?

Glaukt mensch den PolitikerInnen, ist das Schlimmste vorbei und der nächste Wirtschaftsaufschwung ist schon wieder da. Aber stimmt das wirklich? Zum einen ist das sicherlich ein Zweckoptimismus, damit sie sich als erfolgreiche BekämpferInnen der Krise hinstellen können. Bestes Beispiel dafür ist die Verschleppung

des Budgets in Österreich durch die schwarzrosa Bundesregierung. Weil weder schwarz noch rosa Interesse hatten vor den steirischen und wienener Landtagswahlen den Menschen die Wahrheit über die kommenden Kürzungen zu sagen, wurde das bis nach den Wahlen aufgehoben. Natürlich wurden andere Gründe für die Verschleppung vorgeschoben. Bezeichnend aber ist, dass sich am Montag nach der Wien Wahl die ersten „ExpertInnen“-Teams der Regierung zur Ausverhandlung des größten Sparpakets der 2. Republik getroffen haben.

Wie sieht es aber nun mit dem Aufschwung aus? Werden die reinen Produktionszahlen betrachtet, steigen die Aufträge und die Auslastung in vielen Industriebereichen wieder an. Deswegen sprechen einige von einem Wirtschaftsaufschwung. Realistischere KommentatorInnen allerdings zweifeln daran. International wird vor einem „double-dip“ also einem zweiten Einbruch gewarnt. Das Wirtschaftsforschungsinstitut IHS formuliert, dass „die konjunkturellen Risiken weiterhin hoch sind“. Und auch die UnternehmerInnen glauben offensichtlich nicht so recht an den Aufschwung: 2009 waren die Gewinnentnahmen und Dividendenausschüttungen extrem hoch. Das bedeutet, dass sie sich die Gewinne lieber gleich unter den Nagel reißen, anstatt sie zu investieren, da sie davon ausgehen, dass investieren nichts bringt.



Solche Bilder sind in Österreich viel zu selten!

Eines lässt sich aber mit Sicherheit sagen: bei uns, den „normalen“ Menschen, ist ein Wirtschaftsaufschwung noch nicht angekommen! Und geht es nach der Wirtschaftskammer, soll sich auch nach den jetzt beginnenden Lohnverhandlungen nichts ändern.

Das Maß ist voll – Lohnerhöhungen jetzt!

Seit den 1970er Jahre gibt es keine langanhaltenden Wirtschaftsaufschwünge mehr. Und die ArbeitnehmerInnen haben immer weniger von

den „Aufschwüngen“. Zu sehen ist das an der so genannten „Sockelarbeitslosigkeit“. Das heißt nichts anderes, als dass die in der Krise verloren gegangenen Jobs im nächsten Aufschwung nicht mehr neu geschaffen werden. Immer mehr Menschen werden alleine damit seit 30 Jahren in die Armut getrieben. Aber auch bei den Lohnerhöhungen gibt es eine negative Tendenz. Durch die Flexibilisierungen und „Sparpakete“ der letzten 15 Jahre, gab es eigentlich einen Reallohnverlust. So stehen wir heute auf dem

Kaufkraftstand von Mitte der 1990er Jahre. Die Zeit ist also mehr als reif, für wirkliche, spürbare Lohnerhöhungen.

Davon ist aber bei den gerade laufenden Lohnrunden wenig zu spüren. Die Gewerkschaftsspitze redet zwar von „spürbaren“ Lohnerhöhungen, was das aber konkret heißt, bleibt offen. Genauso offen, wie diese Lohnerhöhungen auch umgesetzt bzw. erkämpft werden sollen. Freiwillig werden es uns die UnternehmerInnen sicherlich nicht geben und wegen der tollen und gefinkelten „Verhandlungstaktik“ der Gewerkschaftsspitze auch nicht. Wirtschaftsminister Mitterlehner hat schon angedroht, weitere Flexibilisierungen der Arbeitszeit per Gesetz durchzusetzen, wenn sie bei den KV-Verhandlungen nicht beschlossen werden.

Also bleibt zu befürchten, dass wir jetzt einmal ein paar Netsch mehr durch die Lohnerhöhungen bekommen, dafür aber durch das Sparpaket so harte Angriffe kommen, dass wir nachher noch schlechter dastehen werden.

Um Lohnerhöhung durchzusetzen, um ein weiteres Absinken des Lebensstandards verhindern, wird es notwendig sein, dass wir den Druck auf die Gewerkschaftsspitze erhöhen. Diesen Kampf mit dem Kampf gegen die geplanten Einsparungen zu verbinden, ist eine der wesentlichen Kampagnen der Sozialistischen LinksPartei im Herbst, Winter und kommenden Frühjahr.

Aus der Gewerkschafts-Geschichte lernen

Wir haben den langjährigen, für die Zeitung Vorwärts verantwortlichen, Redakteur John Evers zu Inhalt und zur Aktualität seines Buches „Internationale Gewerkschaftsarbeit in der Habsburgermonarchie“ befragt.

VORWÄRTS: Warum macht es Sinn sich mit einem lange zurückliegenden Kapitel der österreichischen Gewerkschaftsgeschichte zu befassen?

JOHN EVERS: Weil die österreichische Gewerkschaftsgeschichte eine internationale ist. Die Gründung moderner Gewerkschaften und ihr Aufschwung in den 20 Jahren vor dem 1. Weltkrieg wäre undenkbar ohne internationale, konkret sozialistische Einflüsse. Modern

hieß: Sich zu öffnen, Frauen, MigrantInnen, schlecht bezahlte Schichten von ArbeitnehmerInnen als wichtige – wenn nicht wichtigste – Zielgruppe gewerkschaftlicher Aktivitäten zu sehen.

Klingt aktuell, gibt es noch weitere Bezüge zur Gegenwart?

Na ja, die Monarchie ist zwar nicht 1:1 mit der EU gleichzusetzen. Aber sie war multinational, extrem polarisiert in ihren sozialen Strukturen (z.B. auch durch große regionale Lohnunterschiede) und hantelte sich von einer Krise zur nächsten. Die sozialistischen Gewerkschaften haben versucht sowohl innerhalb der Monarchie Grenzen zu überwinden, wie auch internationale Verbindungen zu knüpfen. Im Vergleich dazu sind z.B. die Mittel, die der ÖGB heute für internationale und interregionale Arbeit aufwendet extrem gering.

War die Gewerkschaft damals mit ihrem internationalen Kurs erfolgreich?

Gewerkschaften waren zunächst v.a. Kampforganisationen. Solange sie diese Aufgabe hauptsächlich wahrnahmen, zeigten sie sich erstaunlich resistent gegenüber der nationalen Spaltung. Problematisch wurde es, als sie zu glauben begannen die Monarchie in ihrem Sinne reformieren zu können und sich um stärkere Integration in die staatlichen Gremien bemühten. Dieser Kurs hat dazu geführt, dass die nationalen Spannungen des Staates auf die Gewerkschaften übertragen wurden – sprich Wiener und Prager Gewerkschaftsführer sich darum stritten (und schließlich spalteten) wer denn wie in welchem Gremien repräsentiert sein darf. Trotzdem: Gemessen am Nationalismus der damaligen Zeit, blieben die sozialistischen Gewerkschaften im Grunde die einzige Organisation, wo Deutsche, TschechInnen, PolInnen (...) gemeinsam organisiert waren und „international“ für ihre sozialen Interessen kämpften.

Sozialmilliarde: Schluss mit „Bitte, Bitte“

von Florian Klabacher, SLP-Oberösterreich

Am 29. Juni versammelten sich mehrere hundert BetriebsrätInnen am Wiener Ballhausplatz und forderten erneut eine „Sozialmilliarde“. Seit Februar wurden 22.000 Unterschriften für Beschäftigungsausbau sozialer Dienste, verbesserte Arbeitsbedingungen und höhere Löhne in sozialen Berufen gesammelt.

Immer wieder gibt es solche Aktionen, die von GPA-djp, Vida, den Grünen und vielen anderen Organisationen unterstützt werden. Bei der „Krötenwanderung“ am 1. Oktober in Wien demonstrierten 900 Menschen, darunter Beschäftigte aus Kindergärten, Schulen, Frauenberatungsstellen, dem Gesundheitsbereich, der Behindertenbetreuung. Eine Kindergärtnerin erklärte, dass sie Gruppen von bis zu 25 Kindern alleine betreuen muss. In Altenheimen werden aus Geldmangel zum Teil nasse Windeln weiterverwendet. Frauenhäuser sind überfüllt. Durch Konfrontation mit Leid und Tod in Pflegeberufen und fehlenden Therapiemöglichkeiten wie Supervision sind Pflegenden eine Risikogruppe für Burnout oder Depressionen.

Die Regierung will trotzdem alleine 2011 gut 930 Mio. EUR im Bereich Arbeit/Soziales/Familie kürzen. Überlegt werden Maßnahmen wie die de facto Streichung der Pflegegeldstufen 1 & 2. Für Krankenhäuser, Pflegeheime, Kindergärten und andere soziale Einrichtungen bedeutet das Sparpaket weniger Personal und Geld, schlechtere Betreuung und (Teil-)Privatisierungen. Um die kommenden Angriffe abzuwehren und die Sozialmilliarde zu erkämpfen reichen Demonstrationen offensichtlich nicht aus.

Kämpfen im Sozialbereich: Schwer aber möglich

Trotz der oft unzumutbaren Zustände haben Beschäftigte im Sozialbereich oft Hemmungen, zu Kampfmaßnahmen zu greifen. Die Forderung nach mehr Mitteln für Personal muss an Bund, Länder oder Gemeinden gestellt werden, die sich die Verantwortung gegenseitig zuschieben.

Kampfmaßnahmen wie Streik wird von vielen Beschäftigten als unzumutbar gegenüber z.B. PatientInnen in Krankenhäusern oder Eltern von Kindergartenkindern gesehen. Viele befürchten, keine Unterstützung in der Bevölkerung zu finden. Tatsächlich zeigen Beispiele aus verschiedenen Ländern, dass die Forderungen von vielen Betroffenen unterstützt werden, weil sich dadurch auch die Leistungen verbessern würden.

So organisierten Elternvereine in Stuttgart Eltern-Kind-Demonstrationen zur Unterstützung streikender KindergärtnerInnen. Im Gesundheitswesen kann bei Streiks eine Notversorgung aufrechterhalten werden. Durch ausfallende (nicht dringende) Operationen (40.000 bei einem Streik in Dänemark) wird Druck auf die Regierungen gemacht.

Allein eine Angleichung der Vermögensabgaben auf EU-Durchschnitt würde Mehreinnahmen von mehr als vier Milliarden EUR bedeuten. So könnte die Sozialmilliarde auch problemlos finanziert werden.

Erfolgreiche Kampfmaßnahmen im Sozialbereich in anderen Ländern:

- ▶ 13.000 finnische KrankenpflegerInnen drohten 2007 mit Massenkündigung und setzten so eine 22-28%ige Lohnerhöhung sowie eine Einmalzahlung von 263 EUR durch.
- ▶ In Dänemark streikten 2008 94.000 KrankenpflegerInnen, KindergärtnerInnen und AltenbetreuerInnen. Sie erreichten Lohnerhöhungen von 12,8-13,3%.
- ▶ Im Mai/Juni 2010 streikten 1.500 KrankenpflegerInnen sowie das Hilfspersonal im Temple University Hospital in Philadelphia 28 Tage lang erfolgreich gegen eine neue Krankenhausregelung, die unter anderem beinhaltet, dass das Personal in der Öffentlichkeit nichts negatives über die medizinische & pflegerische Versorgung im Krankenhaus sagen darf. Außerdem wurde eine Schulungsbeihilfe, die 2009 abgeschafft wurde, wiederingeführt.



Mag. Dr. John Evers (Historiker, VHS Ottakring)

2010, 410 Seiten, Erschienen im ÖGB-Verlag
ISBN: 978-3-7035-1397-8



Herr Z.: Migrant sein macht arm

Herr Z. war Eisenbieger bei einer großen Baufirma. Er wollte mit seiner Familie raus aus der „Klo am Gang“ Wohnung. Da MigrantInnen kaum Zugang zu sozialem Wohnbau haben, hat Herr Z. eine kleine Eigentumswohnung gekauft. Die Firma bei der er arbeitete baute die Stammebelegschaft ab und beauftragte Subunternehmer. Herr Z. wurde arbeitslos. Da er noch keinen Befreiungsschein hat gehört Herr Z. zu jenen MigrantInnen, die keine Notstandshilfe bekommen. Nach sechs Monaten hatte er kein Geld mehr, um die Raten für die Wohnung zu bezahlen, borgt sich Herr Z. Geld von Verwandten. Jetzt verrichtet er unangemeldet verschiedene Hilfsarbeiten um die Schulden bei seinen Verwandten ab zu arbeiten.

► Die SLP kämpft für vollen Zugang zu Versicherungs- und Sozialleistungen für alle!



Frau Z.: Prekäre Arbeitsverhältnisse machen arm

Frau Z. arbeitet in einer kleinen Reinigung. Ihr Chef war selbst Hausarbeiter in einer großen Versicherung. Er wurde gekündigt und hat sich selbstständig gemacht. Sein Hauptauftraggeber ist sein ehemaliger Arbeitgeber. So spart die Firma viel Geld. Die Firma stellt v.a. Frauen aus der Slowakei an. Wegen der Übergangsfrist für ArbeiterInnen aus den „neuen EU-Ländern“ arbeiten sie scheinselfständig mit Gewerbeschein für 3-4 Euro/ Stunde – unter dem Kollektivvertrag.

► Die SLP kämpft für gleiche Rechte und einen Mindestlohn von 1200 netto!

Kapitalismus macht viele arm.

...und wenige

von Laura Rafetseder und Helga Schröder,
SLP-Wien

Die Welt befindet sich in der tiefsten Wirtschaftskrise seit den 30er Jahren – und sie ist nicht vorbei. Bezahlen müssen aber nicht UnternehmerInnen oder MilliardärInnen, sondern wir. Während die neue Mindestsicherung Menschen noch tiefer in die Armut treibt und die Regierung ein hartes Sparpaket vorbereitet, findet im November die „Luxury Please“ Messe statt.

Reichtum in Österreich

Nach dem Krisenjahr 2009 ist die Zahl der MillionärInnen in Österreich um 11%, ihr Vermögen um 13,7% auf 210 Milliarden EUR gestiegen (Format 24/10). 1999-2005 hat sich die Zahl der Dollar-MillionärInnen mehr als verdoppelt. (2. Armuts- und Reichtumsbericht d. ÖGPP)

- Das reichste Prozent der privaten Haushalte in Österreich hält 27% des gesamten Vermögens. 0,1% besitzen soviel, wie die gesamte untere Hälfte der Haushalte gemeinsam. (Sozialbericht 2007-08). 10 % besitzen 60 % des Gesamtvermögens von 1.200 Milliarden Euro.
- Während die Regierung eine „Transparenzdatenbank“ über Sozialleistungen einrichtet, existieren über Vermögen kaum Daten.
- 65 % der Steuereinnahmen in Österreich stammen aus Lohn- und Mehrwertsteuern, aber nur 1,4 % aus Vermögenssteuern (). Laut Privatstiftungsverband bestehen derzeit 3300 eigennützige Privatstiftungen. Die AK schätzt, das 60 Milliarden EUR in österreichischen Stiftungen „geparkt“ sind und durch Steuerprivilegien jährlich 750 Millionen EUR an Steuereinnahmen entgehen.

Wer ist arm in Österreich?

Österreich ist das achtreichste Land der Welt. Dennoch sind eine Million Menschen armutsgefährdet. Am stärksten betroffen: Frauen, MigrantInnen, Alleinerziehende, prekär Beschäftigte und Erwerbslose. Armut ist keineswegs das Ergebnis von Ausnahmesituationen. Die Mehrheit der Betroffenen kann von ihrer Arbeit nicht leben oder erhält Sozialleistungen, die zu niedrig sind, um sie vor Armut zu schützen. In Wien lebt jedes vierte Kind in Armut oder ist armutsgefährdet („Armuts- und Reichtumsbericht“ der Grünen).

Armut in Österreich

- Für 2008 liegt die Armutsgefährdungsschwelle für einen Einpersonenhaushalt bei 951 EUR pro Monat. 2008 waren in Österreich 12,4% der Bevölkerung armutsgefährdet. Das sind rund eine Million Menschen (Statistik Austria, EU-SILC 2008), wobei 300.000 nicht mehr als 600 EUR/Monat haben (Armutskonferenz).

- 492.000 Personen (6 %) sind dauerhaft arm und damit aus zentralen gesellschaftlichen Bereichen ausgeschlossen, können z.B. keine Bekannten zu Besuch einladen. Zentrale Bedürfnisse wie notwendige Arztbesuche, die Wohnung zu heizen oder die Miete zu bezahlen sind nicht abgedeckt (Statistik Austria, EU-SILC 2008)
- 247.000 Menschen in Österreich sind trotz Arbeitsverhältnis arm, 131.000 Männer und 116.000 Frauen. (ÖGB Compact 5/10)

Armut bedeutet nicht nur Hunger wie in der „3. Welt“, sondern hat viele Gesichter: Sie führt zu Obdachlosigkeit, aber auch dazu, dass Menschen sich keinen Urlaub oder Kinobesuch leisten können. Armut macht krank, einsam, abhängig von PartnerIn oder Eltern und führt zu familiären oder psychischen Problemen. Menschen mit einem Einkommen von 4500 EUR haben eine 10 Jahre höhere Lebenserwartung als Menschen mit einem Einkommen von unter 1500 EUR. (Solidarität 9/2010)

Woher kommt Armut?

Die Ursache liegt im kapitalistischen System. So wie der Kapitalismus aufgrund seiner inneren Widersprüche immer wieder Krisen produziert, produziert er auch systematisch Armut und Arbeitslosigkeit. Und das obwohl er potentiell eine Überflusgesellschaft ist – mit den weltweiten Ressourcen wäre es ein leichtes, der gesamten Weltbevölkerung ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Der Kapitalismus beruht auf dem Gegensatz zwischen einer Klasse, die besitzt, und einer Klasse, die deren Reichtum schafft: KapitalistInnenklasse und ArbeiterInnenklasse. Die ArbeiterInnen besitzen nichts als ihre Arbeitskraft – sie sind es, die den Reichtum in dieser Gesellschaft schaffen, aber vom Reichtum profitieren die KapitalistInnen. Um diesen Reichtum gibt es einen Kampf zwischen ArbeiterInnen und KapitalistInnen – den Klassenkampf. Gerade in den letzten Jahren waren die KapitalistInnen dabei erfolgreicher: Die Profite sind massiv gestiegen, die Löhne konnten nicht mithalten.

- 1978 betrug der Anteil der ArbeitnehmerInnenentgelte am BIP 57 %, 2003 betrug er nur mehr 51 %. (2. Armuts- und Reichtumsbericht der ÖGPP)
- Die Besitzeinkommen stiegen 1970-97 um 1800%, die Bruttolöhne um 567%. (WIFO/Armutskonferenz 1997).

Nach dem 2. Weltkrieg konnte mit dem Nachkriegsaufschwung in den 60er und 70er Jahren ein relativ hoher Lebensstandard durch die ArbeiterInnenklasse in Europa erkämpft werden. Seit Ende der 80er/Anfang der 90er haben alle Regierungen Sozialabbau betrieben. Ebenso wurde Massenarbeitslosigkeit wieder zu einem

dauerhaften Phänomen. Die wachsenden Probleme des Systems muss die Masse der Bevölkerung – und nicht die herrschenden Eliten – tragen. Verstärkt wurde dieser Trend durch den Zusammenbruch des Stalinismus, der als „Versagen des Sozialismus“ fehlinterpretiert wurde. Versagt hat aber nicht der Sozialismus sondern die Idee des Sozialismus in einem Land. Damit gab es nun keine Systemalternative mehr, die der ArbeiterInnenbewegung den Rücken gestärkt hätte. Der Kapitalismus wurde als scheinbar einzig mögliches System gesehen. Zudem war die Sozialdemokratie zu vollständig bürgerlichen Parteien geworden, die zunehmend Politik gegen ArbeitnehmerInnen machten. Für viele ist das Wort „Reform“ heute eine Drohung – und bedeutet Verschlechterungen, gerade bei den Ärmsten. Das Ansteigen der Armut liegt also nicht am Versagen einzelner Betroffener, sondern am Versagen des Systems. Dieses System ist aber kein Naturgesetz – der Kapitalismus kann überwunden werden.

Mindestsicherung, Hartz IV und Co zur Armutsbekämpfung?

Die Regierung behauptet, durch die Mindestsicherung Armut zu bekämpfen. Dasselbe Argument wurde auch in Deutschland bei der Einführung von Hartz IV bemüht – tatsächlich haben beide vieles gemeinsam. Die Mindestsicherung verschlimmert in Wirklichkeit die Situation der Betroffenen, denn:

- Der festgelegte „Mindeststandard“ von 744 EUR liegt unter der Armutsgrenze von 950 EUR.
- Herzstück ist die „Arbeitswilligkeit“. Die BezieherInnen müssen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Wenn sie das nicht können, werden Sanktionen gesetzt und der Bezug gestrichen. Sie unterliegen damit sämtlichen AMS-Regeln: Teilnahme an AMS-Maßnahmen, Arbeit in Niedriglohnjobs, die das Arbeitsrecht umgehen...
- Die Miete ist pauschal inkludiert. Viele erhalten seit der Einführung deutlich weniger Geld. Wohnzuschüsse bleiben der Willkür der Länder ebenso überlassen wie Zahlungen für Sonderbedarfe.

In einer Situation von Krise und Massenarbeitslosigkeit den Bezug der „Mindestsicherung“ zu streichen oder zu erschweren, erinnert an die 30er Jahre – damals konnten Menschen „ausgesteuert“ werden. So wird nicht Armut bekämpft – sondern die von Armut Betroffenen.

- Wir sagen: Arbeitslosigkeit bekämpfen, indem die vorhandene Arbeit auf alle aufgeteilt wird – durch Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn. Für einen Mindestlohn von 1.200 EUR, Schluss mit Schikanen gegen Arbeitslose und für einen unbefristeten Bezug von Arbeitslosigkeit!

Bettelverbot im „Roten Wien“? Ursachen statt Betroffene bekämpfen!

Seit September müssen Obdachlose pro Nacht in Nachtnotquartieren vier Euro zahlen. Die Begründung: In der Mindestsicherung sind 186 EUR für Wohnkosten inkludiert, die „zweckgebunden“ verwendet werden sollen. Seit Juni ist in Wien – zusätzlich zu „aggressivem“ oder „aufdringlichem“ – auch „gewerbsmäßiges“ Betteln verboten. Absurd, da niemand zum Vergnügen bettelt. Die SPÖ will Armut und Obdachlosigkeit schlicht aus dem Stadtbild „verdrängen“. Wir meinen: Die Ursache – und nicht Betroffene – muss bekämpft werden.

- Wir fordern ein existenzsicherndes Mindesteinkommen von 1.200 EUR bei Stipendien, Arbeitslosengeld, Pensionen und Mindestsicherung ohne Schikanen für alle hier lebenden Menschen.
- Es braucht sozialen Wohnbau, der diesen Namen verdient und eine Mietzinsbegrenzung auf 10% des Einkommens, die allen ein menschenwürdiges Wohnen ermöglicht.

Charity, CSR und andere Wohltätigkeiten?

„CSR heißt bei McDonald's Österreich: Tagtäglich gelebte Verantwortung. Weil wir Verantwortung als eine zentrale Säule unserer Unternehmensphilosophie, aber auch unseres wirtschaftlichen Erfolges als Unternehmen sehen. Wir leben diese Verantwortung etwa durch die „Ronald McDonald Kinderhilfe“, durch unsere Rolle als Arbeitgeber für 8000 Menschen, durch ein umweltverträgliches Wirtschaften.“ McDonald's Österreich

Die Begriffe Charity, Corporate Social Responsibility und Green Jobs sind neuere Versionen der alten „Wohltätigkeit“. Was früher „wohl-tätige“ Wohlhabende waren, sind heute „nachhaltige“ Unternehmen. Unternehmen, die in der kapitalistischen Normalität ihre ArbeiterInnen ausbeuten, hängen sich ein soziales Mäntelchen um. An der Ausbeutung ändert das nichts. Wenn Armutsbekämpfung den Unternehmen überlassen wird, ist das so, als wenn man die Lämmchen dem Schlächter übergibt. Denn sie

Herr P.: Zusatzbelastungen für Obdachlose

Die Firma, in der Herr P. arbeitet, geht pleite. Er wird arbeitslos, dann kommt noch die Scheidung dazu. Als er die Mietzinsrückstände nicht mehr aufholen konnte, landete er auf der Straße. Mit der neuen Nächtigungsgebühr der Gemeinde Wien würde Herr P. 120 Euro im Monat verlieren. Er wird jetzt mehr Nächte im Freien verbringen.

► Die SLP kämpft für Mieten, die maximal 10% des Einkommens ausmachen!



Frau S.: Armutsfalle Arbeitszeitflexibilisierung

Angestellt für 26 h/W – tatsächliche Arbeitszeit oft länger. Wegen Verschlechterungen im Arbeitszeitgesetz 1997 und 2007 und einer Betriebsvereinbarung gibt es lange Durchrechnungszeiträume – sie fällt in der Woche um 2-3 Überstunden um, das heißt pro Monat ein Verlust von 120.-. Frau S. erfährt erst kurzfristig, wann sie „gebraucht“ wird, ihren zweiten Job hat sie deswegen verloren, sie putzt dafür am Wochenende unangemeldet ein paar Stunden in einer Arztpraxis. Falls sie arbeitslos wird, ist diese Arbeit keine Bemessungsgrundlage fürs Arbeitslosengeld. Von ihrem gewalttätigen Mann kann sie sich nicht trennen, weil sie sich keine eigene Wohnung leisten kann.

► Die SLP kämpft für eine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Wochenstunden bei vollem Lohn, einen 6 Stundentag und die vollen Zuschläge bei Überschreitung der täglichen Normalarbeitszeit!



e superreich!

sind aufgrund des Systems, in dem sie agieren, Verursacher von Armut. Für CSR brauchen Unternehmen keinen Sozialstaat und keine Gewerkschaften – das Unternehmen soll das soziale Gewissen sein. Öffentliche demokratische Kontrolle ist nicht möglich. Die Unternehmen entscheiden nach eigenem Gutdünken und öffentlichkeitswirksamen Kriterien. Es werden also „sympathische“ Gruppen ausgewählt. Der Wohltäter kauft sich – steuerbegünstigt – ein gutes Gewissen als Ausgleich zu seinem unverschämten Vermögen. Das Almosenkonzept vorangetrieben hat das BZÖ in Kärnten – hier war nicht der Unternehmer Wohltäter, sondern der Landesfürst. So sieht freiheitliche „Sozialpolitik“ in der Praxis aus.

► Wir sagen: wirksame Armutsbekämpfung bedeutet Klassenkampf – die Betroffenen selbst müssen sich organisieren und wehren. Der sozialistische Stadtrat in Liverpool hat in den 80er Jahren gegen die Thatcher-Regierung eine Massenbewegung organisiert, die durch Streiks und Demonstrationen Thatcher gezwungen hat, der Kommune mehr Geld zur Verfügung zu stellen, das für den Ausbau öffentlichen Wohnbaus, Arbeitszeitverkürzung etc. eingesetzt wurde.

Sozialleistungen nur für „Fleißige“ und „InländerInnen“?

In vielen Ländern gibt es Massenbewegungen gegen Kürzungspakete. In Österreich (noch) nicht – aber die Herrschenden haben Angst davor. Gerade recht kommt ihnen da, dass FPÖ & Co die Bevölkerung durch Rassismus und „Sozialschmarotzer“-Diffamierung von den Verantwortlichen ablenken und spalten. Während Strache jährlich 200.000 EUR verdient, in einer Luxuswohnung residiert und die FPÖ geschätzte acht Millionen für den Wiener Wahlkampf ausgibt, diffamiert sie Arme und Erwerbslose und hetzt gegen MigrantInnen. Die FPÖ gibt sich „sozial“ und stellt auch scheinbar soziale Forderungen. Diesen Forderungen liegt aber die Idee eines Zwei-Klassen-Sozialsystems zugrunde: Leistungen für „Österreicher“, nix für „Ausländer“. Auch hier soll das Versicherungssystem ausgehebelt werden. Es geht der FPÖ nicht um Umverteilung von Reich zu Arm. Die FPÖ zielt auf eine Umverteilung innerhalb der ArbeiterInnenklasse nach rassistischen Merkmalen ab. Durch die Spaltung der ArbeiterInnenklasse wird Lohndumping gefördert – das nutzt den Unternehmen. Wenn eine Gruppe der Bevölkerung schlechter abgesichert ist, wächst der Lohndruck auf die besser abgesicherte Gruppe.

► Wir stehen für einen gemeinsamen Kampf aller hier lebenden Menschen für gleiche soziale und politische Rechte! Es ist Aufgabe des ÖGB diesen Kampf zu organisieren!

Netter Kapitalismus? Sozialismus statt Sozialabbau!

Als Folge der Bankenrettungspakete werden in ganz Europa Löhne und Pensionen angegriffen, im Sozialwesen gekürzt. Auch in Österreich plant die Regierung „das härteste Sparpaket der 2. Republik“ (Josef Pröll). Wenn es keine Gegenwehr durch die Gewerkschaften gibt, wird Armut in der Krise zum Massenphänomen.

Die Hoffnung von ÖGB, Attac und anderen, durch „Reformen“ einen netteren, sozialeren Kapitalismus (Stichwort „soziale Marktwirtschaft“) zu erreichen, ist nicht realistisch – weil es gerade in der Krise keinen „netten“ Kapitalismus geben kann. Die Grünen z.B. fordern viel auf dem Papier. Gleichzeitig akzeptieren sie den Kapitalismus – und damit dessen Sachzwanglogik. Wenn sie in eine Koalition mit der SPÖ gehen, die angekündigt hat, dass 800 Millionen EUR in Wien eingespart werden müssen – haben sie keine Alternative zum Sparzwang. Klaus Werner-Lobo von den Grünen hat auf die Frage einer Koalition mit der SPÖ in Wien geantwortet, dass man „sich halt anschauen muss, wo gespart werden kann“. Die SLP unterstützt Forderungen nach Umverteilung, Vermögensbesteuerung und Ausbau des Sozialstaats. Allerdings muss das erkämpft werden. Dafür ist eine revolutionäre Perspektive notwendig – die Perspektive einer Systemänderung.

► Wir sagen: Ein Bruch mit dem Kapitalismus ist nötig, um Armut ein für alle mal abzuschaffen. Wir wollen eine sozialistische Gesellschaft, die sich nach den Bedürfnissen der Menschen richtet und nicht nach den Profiten der Unternehmen.

Das bedeutet: Die Schlüsselbetriebe, Banken und Konzerne würden in Gemeinbesitz überführt. Komitees in Betrieben und Nachbarschaften würden entscheiden, was und wie produziert wird. Die Wirtschaft würde demokratisch geplant werden – und zwar international. Arbeitslosigkeit würde der Vergangenheit angehören, weil die Arbeit auf alle aufgeteilt wäre. Nur wenn die Ressourcen und der Reichtum der gesamten Welt eingesetzt werden, kann Armut tatsächlich ausgemerzt und ein gesichertes Leben für alle ermöglicht werden.

Beispiel Magna: Krisengewinner Wirtschaft

von Michael Gehmacher, SLP-Wien

Nicht alle haben in der Krise verloren – v.a. Großunternehmen haben profitiert. Frank Stronachs Magna schreibt Gewinne. Im ersten Halbjahr 2010 machte der Konzern 11,56 Milliarden US-Dollar (8,8 Milliarden Euro) Umsatz; 4,9 Milliarden US-Dollar davon in Europa. Im Juni machte der Gewinn für 2010 bereits 516 Millionen Dollar aus. Im Magna-Steyr-Werk in Graz stieg die Produktion im ersten Halbjahr um 55 %. Tendenz weiter steigend. Ein erheblicher Teil dieser Gewinne kommt von den österreichischen Standorten. Aber: Wie hat die Situation für die Beschäftigten die letzten 1-2 Jahre ausgesehen? Ende 2008 setzte Magna 2.616 ArbeiterInnen auf Kurzarbeit, Anfang 2009 waren es bereits über 3.000. Insgesamt waren im Zeitraum Ende 2008 bis Anfang 2010 über 5.000 Magna ArbeiterInnen in Kurzarbeit. 300 ArbeiterInnen wurden gekündigt und 600 LeiharbeiterInnen abgebaut, der natürlicher Abgang tat sein übriges, und so arbeiten heute 1.000 Menschen weniger bei Magna als Mitte 2008. Angestellte die nicht in Kurzarbeit ge-

schickt wurden, verzichteten auf 5-20 % ihres Gehalts. „Freiwillig“ wie von Magna betont wurde. Tatsächlich spielten wohl die Wirtschaftskrise und der Druck von Vorgesetzten eine wichtige Rolle. Die Kurzarbeit kostet – allerdings nicht Magna, sondern uns: Bereits Ende 2008 schätzte das AMS die Summe der AMS-Beiträge für die Kurzarbeit bei Magna auf fünf Millionen Euro. Anfang 2010 wird es wohl deutlich mehr gewesen sein. Magna aber schüttete 2009 eine Dividende an seine AktionärInnen aus, wollte Opel kaufen – hätte dazu das Geld gehabt – und schreibt schon länger wieder hohe Gewinne. Magna nutzte die Krise um mit Kurzarbeit, AMS-Geldern, Kündigungen und Gehaltskürzungen ordentlich zu verdienen, während ArbeiterInnen und Angestellte von Magna Verluste hinnehmen mussten oder ihren Job verloren.

Anfang Oktober haben die Lohn und Gehaltsverhandlungen der MetallerInnen begonnen, es wäre das Mindeste, sich mit einem kämpferischen Kurs das Geld, das in der Krise von den Magna-ArbeiterInnen zu den AktionärInnen umverteilt wurde zurück zu holen.

Buchbesprechung zu Christian Felbers „Gemeinwohl-Ökonomie“

Gemeinwohl ohne Sozialismus?

Von Pablo Hörtner und Georg Kumer, SLP-Wien

Christian Felbers wirtschaftliches Konzept der „Gemeinwohl-Ökonomie“, das er selbst als „dritten Weg“ zw. Kapitalismus und Kommunismus bezeichnet, baut auf der so genannten „Gemeinwohl-Bilanz“ auf, die an die Stelle des Profits als treibende Kraft unternehmerischer Tätigkeit treten soll. So sollen „humane und nachhaltige Verhaltensweisen“ sowie Kooperation gefördert werden. Das Konzept der Gemeinwohl-Bilanz soll die Anreiz-Mechanismen des Wirtschaftens verändern. Diese soll das BIP und somit das Geld bzw. den Profit als Maß des Wirtschaftswachstums ablösen. Kernpunkte von Felbers Konzept sind staatliche Regulierungen, die sozial und ökologisch orientiertes Wirtschaften fördern, wie etwa steuerliche Maßnahmen. Unternehmen, die eine positive Gemeinwohl-Bilanz aufweisen, zahlen z.B. weniger Steuern. In die Gemeinwohl-Bilanz gehen unter anderem die Umweltverträglichkeit der Produktion, die Lohnhöhe der Beschäftigten, deren Mitbestimmungsrechte, die gesellschaftliche Nützlichkeit der Produkte usw. ein. Weitere Eckpfeiler der Gemeinwohl-Ökonomie sind die Beschneidung des individuellen Vermögens sowie die Überführung von Unternehmen mit über 5.000 MitarbeiterInnen in das Eigentum der Beschäftigten sowie der Allgemeinheit („Allmende“ genannt). Firmen mit 250 bis 5.000 MitarbeiterInnen gehen nur teilweise in ein solches Eigentum über. Bei dieser Form der Vergesellschaftung orientiert sich Felber in erster Linie am Genossenschaftswesen sowie an diversen „solidarökonomischen“ Projekten in Lateinamerika.

Das Problem bei seinem Konzept liegt darin, dass die Begrifflichkeit unscharf bleibt und die vorgeschlagenen Maßnahmen vom existierenden Staat umgesetzt werden sollen. Doch was ist das für ein Staat? Kann dieser einfach von Unten übernommen werden und von seiner jetzigen (hauptsächlichen) Funktion – nämlich das Privateigentum an Produktionsmitteln zu schützen – entfremdet werden? Felber gibt auf diese Frage keine Antwort; kein Wunder, er schwindelt sich schließlich auch um die Frage des Eigentumsbegriffs an sich herum. Christian Felbers Konzeption eines „dritten Weges“ zwischen Kapitalismus und Kommunismus weist hier eine starke Nähe zu liberalen vormarxistischen ÖkonomInnen auf. Bereits der Nationalökonom John Stuart Mill (1806–1873) kritisierte die bürgerliche Ansicht, „dass das fortwährende Gegeneinanderkämpfen der normale Zustand der Menschen sei“ und forderte eine andere Gesellschaft. Die „Intervention von außen“, sprich zu große staatliche Eingriffe lehnen jedoch sowohl Mill als auch Felber ab, da sie einem freien UnternehmerInnen widersprechen. Stattdessen halten beide trotz ihrer Kritik an Konkurrenz und Profitstreben letztlich am Konzept der regulativen Kraft des Marktes fest. In einer Zeit in der längst Banken und Konzerne die Wirtschaftsmacht bei sich konzentriert haben ist so ein Konzept rückwärts gerichtet; man orientiert sich damit lediglich an den Interessen einer Schicht von Kleinunternehmern, die am Ende von Felbers Buch auch fein säuberlich aufgelistet sind. Gleichzeitig fehlt – und das ist das eigentlich bemerkenswerte – jeder Bezug zu den real existierenden sozialen Bewegungen und Kämpfen in Europa.

Musik ist hochpolitisch,
Teil 2: Punk

Aufgestaute Wut



von Simon Nagy,
SLP-SchülerInnen-Gruppe

Anfang der 1970er führte in Großbritannien die Wirtschaftskrise dazu, dass massenhaft Jugendliche nach der Schule keine Ausbildung fanden und infolgedessen auf der Straße landeten, ohne Ausblick auf eine lebenswürdige Zukunft. Als Protest gegen das eindeutig nicht funktionierende System und die steife englische Klassengesellschaft entwickelte sich Punk als Lebensstil von frustrierten englischen Jugendlichen. Die wichtigste Waffe dieser Bewegung stellte Musik dar.

Die erste wirklich bekannte Punkband, die auch außerhalb der Szene für Aufsehen sorgte, waren die 1975 in London gegründeten Sex Pistols. Sie wurden zu dem Aushängeschild für Punk, forderten aber verkürzterweise schlicht Anarchismus als Lösung der sozialen Missstände in England und orientierten sich eher auf individualistisches „Scheiss drauf“ als auf Organisation.

Politisch weitaus interessanter und auch musikalisch einflussreicher sind sicherlich the Clash. Sie waren die ersten bedeutenden Punks, die öffentlich aussprachen, dass sowohl die soziale Problematik, als auch Rassismus in England nur durch Klassenkampf beseitigt werden können. Sie unterstützten marxistische Bewegungen und gaben der bis dahin anarchistisch geprägten Punk-Bewegung ein politisch besser durchdachtes und ausgereifteres Image.

Mittlerweile wurde Punk u.a. durch Bands wie Green Day, Blink-182 und the Offspring in den Mainstream eingegliedert und auch kommerzialisiert. Es gibt ein ganzes Business rund um Punk-Musik und Mode. Im Laufe der Karriere erfolgreicher Punkbands rückte die politische Aussage dann immer weiter in den Hintergrund. Ausverkauf und

Opportunismus nagen am rebellischen Image des Punk. So rief zum Beispiel die einflussreiche Polit-Punkband NoFX bei den US-Präsidentenwahlen für die Demokraten auf, um Bush zu verhindern. Die Demokraten sind aber alles andere als ein Bollwerk gegen Rechts, sie stimmten dem Irakkrieg zu und beschlossen Bankenrettungspakete auf Kosten der US-Bevölkerung.

Aber es geht auch anders: Die inzwischen ebenfalls ziemlich bekannte, sich als marxistisch bezeichnende Band Anti-Flag benutzt ihren internationalen Erfolg, um in erster Linie junge Menschen dazu aufzurufen, sich gegen die Lügen der Regierung zu wehren, auf die Straße zu gehen und sich zu organisieren, um global gegen die kapitalistischen Missstände zu kämpfen. Als Anti-



Flag im Herbst 2009 ein Konzert in Wien spielten, besuchten sie zuvor das besetzte Audimax und erklärten sich mit der Unibrennt-Bewegung solidarisch. Beim Konzert konnte Sebastian Kugler (SLP, siehe Bild) als Vertreter der Unibewegung eine Rede halten.

Insgesamt betrachtet stellt Punk keine revolutionäre Bewegung dar – allerdings durchaus ein wirksames Mittel, um Jugendliche auf musikalischer Basis anzusprechen und zu politisieren. Songs, die bereits aufgestaute Wut über Unterdrückung in Worte fassen, können dabei helfen, aktiv zu werden und „Smash the System“ nicht nur zu singen, sondern es auch zu tun.

Der Herbst im Zeichen des Wahlkampfes...

...hat die Arbeit der SLP geprägt. Die SLP ist mit dem Slogan „Rassismus schafft keine Jobs – Geld für Soziales statt für Banken und Konzerne“ in Wien angetreten. Die Bilanz kann sich sehen lassen: über zehntausend Falter wurden verteilt und vielen haben unsere Pickler und Plakate offenbar so gut gefallen, dass sie sie werbewirksam angebracht haben. Es gab dutzende Aktionen vor dem AMS-Dresdnerstraße, dem Lorenz Böller Unfallkrankenhaus und beim Millenniumstower. Wir haben ein antirassistisches Fußballturnier organisiert und waren gegen die Blut-und-Boden Plakate von Strache Blutspenden.

Was der ÖGB nicht schafft...

Obwohl wir nur in der Brigittenau (Wien 20) angetreten sind, waren wir in

ganz Wien aktiv. Die SLP war wieder beim Volksstimmefest mit einem großen Stand vertreten. Am 29. September hatte der EGB zu einem Aktionstag aufgerufen – der ÖGB beschränkte sich darauf, eine Delegation von 100 GewerkschafterInnen nach Brüssel zu entsenden. Sie konnten übrigens nicht landen, da die Fluglotsen wegen des Aktionstages streikten... Die SLP organisierte in Wien einen Stadtpaziergang gegen die kommenden Kürzungen. Und SLP-Mitglied Patrick Kuhn, Lehrling und Schüler der Berufsschule Gmunden organisierte eine dreistündige Versammlung der BerufsschülerInnen in der Schulzeit. Auf der Versammlung wurden sozialistische Antworten auf die Krise diskutiert und eine Solidaritätsbotschaft an die kämpfenden ArbeiterInnen in Griechenland und Spanien verabschiedet.



Antirassismus und Antisexismus in die Klassenzimmer!

von Corina Legerer und Yanna Ndiaye,
SLP-SchülerInnengruppe

„Hey Schnitte, brauchst ne Füllung?“ Klingt wie ein billiger Anmachspruch aus American Pie, gehört aber für meist junge Schülerinnen schon zum normalen Schulalltag. Wie abwertend und frauenverachtend solche Sprüche eigentlich sind, ist den meisten gar nicht mehr bewusst. Meist schreiten nicht mal LehrerInnen bei solchen verbalen Übergriffen ein. Oft sind es dann genau diese Lehrer, die Noten lieber mal wegen dem guten Aussehen vergeben. Damit werden aber nicht nur Mädchen diskriminiert, es ist auch eine enorme Ungerechtigkeit den Jungs gegenüber!

Wer sich nicht wehrt...

Die Schwesterorganisation der SLP in Schweden, Rättvissepartiet Socialisterna, führt seit Jahren eine erfolgreiche Kampagne gegen Sexismus namens „Nenn mich nicht Hure“, die vor allem in Schulen stattfindet. Im Zuge dieser Kampagne konnte sogar ein berühmter Vergewaltiger von zwei Mitgliedern von RS gestellt werden. Als ob der Sexismus an unseren Schulen nicht schon genug wäre, erschwert Rassismus den Alltag vieler SchülerInnen. Tag für Tag werden hunderte Jugendliche Opfer des immer stärker werdenden Rassismus an unseren Schulen. SchülerInnen werden diskriminiert, ausgeschlossen, verachtet oder beschimpft, werden für ihre Herkunft bestraft und erniedrigt. Schule – das soziale Netz der Jugend – wird dadurch oft zum reinen Albtraum. Ras-

simismus ist eines der brennendsten Probleme unserer Zeit. Wir haben es dabei mit einem vielschichtigen Phänomen zu tun, dem auf verschiedenen Ebenen der Gesellschaft begegnet werden muss, auch in der Schule. Wir alle leben damit, doch so kann es nicht weiter gehen!

... lebt verkehrt!

Wir sind die Verantwortlichen, die etwas verändern müssen! Aber wie? Wenn wir uns an Schulen zusammenschließen, Aktionskomitees (oder wie auch immer die Dinger dann heißen mögen) gegen Rassismus und Sexismus gründen, können wir diese zurückdrängen. Wenn es an der Schule eine Gruppe von SchülerInnen gibt, die regelmäßig Diskussionen, Verteilaktionen usw. zu diesen Themen organisiert, kann sie aktiv gegen Diskriminierung an der Schule kämpfen. Die SLP unterstützt SchülerInnen dabei, an ihrer Schule solche Gruppen zu gründen. Es ist klar, dass diese massiven Probleme in der kapitalistischen Gesellschaft in der wir leben, nicht auszulöschen sind. Trotzdem bekämpfen wir sie! Im Kapitalismus „rennt“ sich Unterdrückung. Frauen leisten unbezahlt Hausarbeit, weil es nun mal Tradition ist und MigrantInnen werden als LohndruckerInnen verwendet. Nur in einer sozialistischen Gesellschaft, die ohne Unterdrückung und Ausbeutung auskommt, können Sexismus und Rassismus aus der Welt geschafft werden! Darum kämpfe jetzt gegen Rassismus und Sexismus UND für eine sozialistische Gesellschaft.

DIE SLP-TREFFPUNKTE

LINZ

jeweils Montag, 18.30 Uhr,
„Alte Welt“, Linz, Hauptplatz 4

NIEDERÖSTERREICH

nicht regelmäßig, Infos: slp@slp.at

SALZBURG

Salzburg Stadt
jeweils Mittwoch, 19.00 Uhr,
„Shakespeare“, Salzburg,
Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)

Radstadt und Gmunden

SLP-Treffen erfragen unter 0664 1133477

WIEN

SLP-SchülerInnen-Gruppe
Jeden Montag um 18.30
„Amerlinghaus“
7.; Stiftg.8

SLP-Ortsgruppe

Jeden Mittwoch um 19.00
„Pizzeria La Piazza“
20.; Gaussplatz 7

die weiteren Wiener

SLP-Ortsgruppe
sind zu Redaktionsschluss noch
nicht fixiert, können aber unter
www.slp.at TERMINE gefunden
werden

In Ihrer Nähe gibt es noch keine SLP-Gruppe?
Wir unterstützen Sie gerne als individuelles
Mitglied beim Aufbau von Aktivitäten.

Jetzt Abo bestellen!



Tel.: 01/524 63 10
oder EUR 18,00*
an PSK 8812.733
überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort
„Abo“ nicht vergessen!

* Sozialpreis für Menschen ohne
eigenes Einkommen EUR 10,00

Alle Preise für 10 Ausgaben
inkl. Porto und Versand

ALLES INKLUSIVE

Unsere Arbeit kostet Geld.

Die SLP erhält keine Subventionen oder Geld von Unternehmen. Das garantiert unsere politische Unabhängigkeit. Es macht uns aber abhängig von Deiner/Ihrer Unterstützung. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag).

Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause – ein „All-Inclusive-Abo“ eben.
PSK 8812.733

SLP & CWI im Internet:

Seite der SLP, österreichische Sektion des CWI

www.slp.at

Seite der SAV, deutsche Sektion des CWI

www.sozialismus.info

Site of the CWI in English (and other Languages)

www.socialistworld.net

Special CWI-Site on China (English, Chinese)

www.chinaworker.org

Páginas del CIT/CWI en español

www.mundosocialista.net

Als einzige die Verbindung von Rassismus und Sozialabbau ...

... aufgegriffen, hat die SLP in diesem Wahlkampf. Auch wenn unser Stimmenergebnis insgesamt bescheiden ist, konnten wir uns auf Bezirksebene auf mehr als 180 Stimmen mehr als verdoppeln. SLP-Mitglieder und viele neue AktivistInnen waren bei diversen Aktionen gegen die FPÖ in ganz Wien dabei. SLPlerInnen haben eine wichtige Rolle bei den Protesten gegen die Abschiebung der achtjährigen Zwillinge gespielt. Am Wahlfest der SLP ging es um eine Bilanz des Wahlkampfes – und es wurden die ersten Aktivitäten für die Zeit „danach“ fixiert. Gegen den Sozialabbau, den Rassismus und die Abschiebungen. To be continued...



Neues aus dem CWI

Deutschland: Proteste gegen Stuttgart 21

von Patrick Kuhn,
SLP-Oberösterreich

Fast kein Tag vergeht, ohne dass man neue Berichte in den Medien sieht und hört über die Proteste gegen das Bauprojekt Stuttgart 21 in Deutschland. Tausende Menschen gehen auf die Straße, besetzen Parks und erheben ihre Stimme gegen die Herrschenden. Doch was ist Stuttgart 21?

Bei S21 handelt es sich um ein milliardenschweres Bauprojekt, welches 1994 aus der Taufe gehoben wurde. Plan ist es, einen neuen unterirdischen Bahnhof zu bauen. Damals ergaben Meinungsumfragen auf Basis der Regierungsinformation eine Mehrheit für das Projekt. Und genau darauf berufen sich nun Politiker der CDU, CSU und FDP. Doch waren die „Informationen“ einseitig, wurde damals – wie heute – versucht Stimmung zu machen. Heute protestieren hunderttausende dagegen. Gegen ein teures und unsicheres Bauprojekt. Gegen eine Verschiebung vom öffentlichen Nahverkehr zu teurem, privatem Fernverkehr. Gegen die Abholzung eines Parks zugunsten von Immobilienspekulanten. Das die Krise dieses Projekt noch verteuert hat ist den Herrschenden ebenso egal, denn zahlen müssen ja nicht sie sondern die Massen.

Doch der Widerstand ist enorm. „Die können nicht einfach über das Volk hinweg sehen als gäbe es uns nicht!“ so ein 63-jähriger Pensionist in Stuttgart. „Die sitzen hier in ihren weichen Sesseln und spielen mit der Zukunft und dem Lebensstandard der Leute!“ Schon seit Monaten gibt es immer wieder Proteste und Aktionen gegen S21. Bundesweit bzw. international bekannt wurden die Proteste nach dem 30. September. CDU&Co versuchen die DemonstrantInnen zu entmündigen. Es wurde mit Wasserwerfern gegen SchülerInnen und PensionistInnen vorgegangen. Polizeitrupps gingen rund um das Parkgelände aggressiv gegen die ParkschützerInnen vor. Und die PolitikerInnen reden nur darüber, dass die Leute das Projekt nicht verstehen...

Die SAV, die deutsche Schwesterpartei der SLP, ist bei den Protesten mit dabei. Der Schülerstreik am 30.9. wurde maßgeblich von SAVlerInnen organisiert. SAVlerInnen sind bei den Demos, den Diskussionen und schlagen die Bildung von Komitees an Schulen und in Nachbarschaften vor, die sich in einer demokratischen Struktur zusammenschließen.

Informationen gibt es laufend auf www.sozialismus.info

www.socialistworld.net

Stürmische Zeiten in Großbritannien

von Christian Bunke, SLP-Wien

Browne Review, Hutton Report, Comprehensive Spending Review: Begriffe, mit denen die britische Bevölkerung derzeit durch die Regierung aus Konservativen und Liberaldemokraten fast täglich bombardiert wird. Bis 2015 soll ein 109 Milliarden schweres Defizit komplett verschwinden. Dies soll mit in der britischen Nachkriegsgeschichte beispiellosen Angriffen auf arbeitende Menschen, Erwerbslose, Jugendliche und SozialhilfeempfängerInnen durchgesetzt werden.

Die Liste ist endlos: Verdient ein Elternteil über 44.000 Pfund im Jahr (ca. 46.500 Euro), verliert ein ganzer Haushalt das Kindergeld. Das staatliche Gesundheitssystem soll zerschlagen und dem freien Markt, also multinationalen Gesundheitskonzernen, überlassen werden. Damit ist es mit einer kostenlosen, allen zugänglichen Gesundheitsversorgung endgültig vorbei. Studiengebühren sollen drastisch ansteigen, es machen Zahlen von 12.000 Pfund (ca. 12.700 Euro) pro Studienjahr die Runde. Im öffentlichen Dienst steht drastischer Stellenabbau bevor. 500.000 Menschen bei den Gemeinden werden direkt betroffen sein. Ähnliches gilt für staatliche Behörden. In Birmingham bekamen alle 26.000 Gemeindebediensteten ihre Entlassungspapiere ausgestellt.

Am 20. Oktober verkündet die Regierung ihre Pläne. Klar ist: Der bereits durch Jahrzehnte neoliberaler Regierungen unter Thatcher, Blair und Brown ausgehöhlt Sozialstaat soll endgültig zerschlagen werden. Die Bevölkerung soll für die Milliardenpakete zahlen, mit denen Banken und Konzerne vor dem Ruin gerettet wurden.

Verhandeln? Kämpfen!

Die Gewerkschaftsspitzen wollen verhandeln. Premierminister Cameron sollte Gastredner beim Kongress des Gewerkschaftsbundes TUC sein. Nur lautstarker Protest kämpferischer Gewerkschaften, darunter vor allem die Transportarbeitergewerkschaft RMT, konnte dies verhindern. Dennoch wird in Regierungskreisen

Widerstand gegen Sparpläne der Regierung



frohlockt. Man habe die Gewerkschaften unter Kontrolle und somit nichts zu befürchten.

Das ist falsch. Auch führende Polizeichefs warnen im Gegenteil vor Kürzungen bei der Polizei, mit der Begründung, diese werde noch zur Zerschlagung von Streiks und sozialen Unruhen gebraucht. Gerne verweisen die Polizeichefs auf Thatcher. Diese lies die Polizei unangetastet, verteilte im Gegenteil besonders hohe Löhne an PolizistInnen. Somit gab es eine loyale Truppe zur Zerschlagung von ArbeiterInnenkämpfen wie den Bergarbeiterstreik 1984.

Wirksamer Druck von unten

Unter der Oberfläche brodelte es im

Land. Seit September wird die Londoner U-Bahn regelmäßig bestreikt. Die KollegInnen wehren sich gegen den Abbau von über 800 Stellen. In vielen Städten gründen sich bereits Widerstandskomitees. Es gibt lokale Demonstrationen, an denen sich jeweils Hunderte, manchmal tausende Menschen beteiligen. Zu Veranstaltungen kommen teilweise über 100 TeilnehmerInnen um die nächsten Schritte zu diskutieren.

In den Gewerkschaften spielt das National Shop Stewards Network (NSSN) eine wichtige Rolle. In diesem Basisnetzwerk betrieblicher AktivistInnen ist auch die Socialist Party, Schwesterorganisation der SLP, aktiv. Das NSSN hat die Unterstützung der kämpferischsten Gewerkschaften,

zum Beispiel der RMT und der Gewerkschaft der Staatsangestellten PCS.

Dieses Netzwerk organisierte einen Protest von 700 GewerkschafterInnen während des TUC Kongresses in Manchester. Sie forderten eine kämpferische Haltung vom TUC, vor allem aber die Durchführung einer landesweiten Demonstration gegen die Kürzungen im Oktober. Dies sollte Startschuss für eine Widerstandsbewegung und die Durchführung von Streiks sein.

Durch den vom NSSN erzeugten Druck konnte die Gewerkschaftslinken einen Teilerfolg erzielen. Der TUC beschloss, eine gemeinsame Kampagne aller Gewerkschaften gegen das Sparpaket zu organisieren. Diese kann auch gemeinsame Streiks verschiedener Gewerkschaften beinhalten. Auch eine Demonstration soll es geben, allerdings erst im Frühling 2011.

GewerkschafterInnen können und wollen bis dahin nicht warten. Stellenabbau findet ja bereits statt. In London wird es deshalb am 23. Oktober eine vom NSSN initiierte Demonstration geben. Daran beteiligt sich die RMT, die PCS und auch die Feuerwehrgewerkschaft FBU. Auch in anderen Städten wie zum Beispiel in Manchester wird es Demonstrationen geben.

Die Koalitionsregierung hat nur eine dünne Mehrheit. Bereits jetzt haben v.a. ParlamentarierInnen der Liberaldemokraten Angst, ihre Sitze zu verlieren. Die Umfragewerte sehen schlecht aus. Die geplante Erhöhung der Studiengebühren wollen viele deshalb nicht mittragen.

Diese Regierung ist angreifbar. Sie kann fallen. Dazu braucht es aber Massendemonstrationen und Massestreiks. 1992 verweigerten 1.5 Millionen Menschen die Zahlung der Poll Tax, einer unfairen Massensteuer. Sie waren in der Anti Poll Tax Federation organisiert. Thatcher musste wegen der Kampagne ihren Hut nehmen. Ähnliches ist auch heute möglich. Teil einer solchen Bewegung muss aber auch die Diskussion über eine politische Alternative sein – denn es reicht nicht, die jetzige Regierung durch eine Labour-Regierung zu ersetzen!

Das Umweltdesaster in Ungarn

Gekürzte Fassung eines Artikels von Konstantin Schmied aus Budapest

Am Montag den 4. Oktober ereignete sich in Ungarn einer der größten Industrieunfälle der Menschheitsgeschichte. Durch unsachgemäße Lagerung von giftigen Abfallprodukten in einem der größten Aluminiumwerke (MAL) wurden knapp eine Million Kubikmeter Rotschlamm freigesetzt.

Der hochgiftige Schlamm, der laut Greenpeace einen extrem hohen Gehalt an Arsen und Quecksilber sowie Blei und Cadmium aufweist, wurde „nahezu bedenkenlos unter freiem Himmel gelagert“. Durch einen Dammbbruch des Lagerungsbeckens gelangte das Chemikaliengemisch in die Umwelt. Das Unternehmen behauptete, dass der Schlamm ungiftig sei. Nichtsdestotrotz ordneten die unga-

rischen Umweltbehörden die Evakuierung der ersten 800 DorfbewohnerInnen an. Zehn Menschen sind bisher gestorben.

Derartige Produktionsanlage mit 100.000.000 Forint (ca. 35.000 EUR) gegen (Umwelt-)Schäden aller Art zu versichern.

Umweltschutz im Kapitalismus?

Dem Unternehmen ging es wenig um Umweltschutz, sondern um die Maximierung ihrer Profite. Laut Internetseite der Firma ist ihr hauptsächlichstes Ziel die Aluminium-Marktführerschaft in Zentral-europa. Dieses Ziel wurde rücksichtslos verfolgt. MAL und andere Industrieverbände verhinderten bisher, dass strengere Umweltschutzgesetze eingeführt werden konnten. Es genügt in Ungarn, eine

Welche Hilfe ist von der Orban-Regierung zu erwarten?

Die Schuld an dem Unglück lag laut Ministerpräsident Orban weder bei der Regierung noch beim Unternehmen. Er führte es auf „menschliches Versagen“ zurück. Mit dieser Äußerung schob er die Verantwortung auf die ArbeiterInnen dieser Fabrik ab. Inzwischen solidarisierten sich die ersten ArbeiterInnen mit den betroffenen BewohnerInnen und helfen bei der Errichtung weiterer Schutzdeiche und unterstützen

die HelferInnen beim Wegräumen des Giftschlammes. Die Regierung versucht nach wie vor das Ausmaß der Katastrophe zu verharmlosen.

Wer werden die VerliererInnen sein?

Weite Teile des verseuchten Gebietes sind unbewohnbar geworden. Laut Greenpeace wird Landwirtschaft auf dem vierzig Quadratkilometer großen Gebiet für Jahrzehnte nicht möglich sein. Wenn der Schlamm trocknet oder ein weiterer Damm bricht, können weitere Gebiete verseucht werden. Die Firma bat derweil den Betroffenen eine lächerliche Entschädigung von 400 Euro an.

Was tun gegen die Sauererei?

Während des stalinistischen Regimes wurden riesige Aluminiumwerke gebaut. Auf die Natur und die Menschen wurde dabei keine Rücksicht genommen. Nach der Privatisierung des großen Aluminiumtrustes in den 1990er Jahren zählten nur mehr Profite, andernfalls wäre es nicht zu diesem Desaster gekommen.

Der beste Weg, die Umwelt zu schützen ist eine Gesellschaft, in der es nicht um Profitmaximierung auf Kosten der Umwelt geht, sondern in der Entscheidungen demokratisch und unter Beteiligung aller Betroffenen getroffen werden. Deshalb fordern wir, Betriebe unter demokratische Selbstverwaltung der dort arbeitenden Menschen zu stellen. Dieses Ziel kann nur in einer echten demokratischen sozialistischen Gesellschaft verwirklicht werden.

VORWÄRTS

sozialistische zeitung

Solidaritätspreis: EUR 2,00

Preis: EUR 0,80

Nummer 193

November/Dezember 2010

Rassismus
schafft keine Jobs!
Geld für Soziales
statt für Banken!



Hände weg von unseren FreundInnen und KollegInnen!

Abschiebungen stoppen! Bleiberecht JETZT!



von Sonja Grusch, SLP-Wien

Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht ein neues Beispiel der unmenschlichen Asylpolitik Schlagzeilen macht. Knapp vor der Wiener Wahl lässt der ÖVP-Scharfmacherin Fekter einen Vater und die zwei achtjährigen Töchter abführen, ins Gefängnis stecken und ohne die Mutter – die wegen der Existenzangst selbstmordgefährdet im Spital ist – abschieben. Nur ein paar Tage später versucht die Polizei in Wien eine Schülerin aus der Klasse abzuholen um sie abzuschicken. In der gleichen Woche wird die Leiche eines Flüchtlings in der Donau gefunden, der sich aus Verzweiflung das Leben genommen hat. All das sind keine Einzelfälle. Die Politik der Regierung führt laufend zu menschlichen Tragödien: Flüchtlinge die sich in Zellen erhängen, weil sie Angst vor der Abschiebung haben. Fami-

lien die in die Katastrophe abgeschoben werden. Eltern, die sich vor der Abschiebung nicht von ihren Kindern verabschieden dürfen. Es ist unmenschlich, ekelhaft, empörend.

SPÖ & ÖVP: An ihren Händen klebt Blut

Die ÖVP hat wohl gehofft, mit der Abschiebung vor der Wiener Wahl noch bei potentiellen FPÖ-WählerInnen zu punkten. Die SPÖ hat erstmal abgewartet um zu sehen, wie die Reaktionen auf die Abschiebung der Kinder ist. Erst als es breite und wütende Proteste gab, rangen sich einige SPÖ-PolitikerInnen zu halbherziger Kritik durch. Tatsächlich sind BEIDE Regierungsparteien verantwortlich für die rassistische Stimmung und die unmenschliche Migrations- und besonders Asylpolitik. An ihren Händen klebt im wahrsten Sinne des Wortes Blut. Das Blut der Menschen die

sich aus Not selbst das Leben genommen haben, das Blut jener, die durch Polizeigewalt verletzt oder getötet wurden, das Blut jener, die nach einer Abschiebung verfolgt und getötet wurden.

Was können wir tun?

Die Empörung über die menschenverachtende Politik nimmt zu. Aber viele haben ein Gefühl der Hilflosigkeit. Zwar gibt es eine Vielzahl von Initiativen, Vereinen und Aktionen, aber wirklich verhindert haben sie kaum eine Abschiebung. Die achtjährigen Zwillinge wurden aus einem Haus der Organisation „Freunde schützen“ abgeholt. Die Freunde konnten nicht wirklich geschützt werden. Obwohl die AktivistInnen alles getan haben, was ihnen möglich war. Immer wieder gibt es große Demonstrationen und Proteste. Für Arigona sind öster-

reichweit zehntausende auf die Straße gegangen. Aber es scheint alles zwecklos: große Demos – erfolglos. Intervention durch PolitikerInnen – bringen nichts. Promis die sich einsetzen – auch kein Erfolg. Freiwillig gehen, um dann mit z.B. einem SchülerInnenvisum wider zu kommen – das Beispiel Arigona zeigt, dass auch das nichts bringt. Also was tun?

Es gibt auch andere Beispiele: in Röthis konnte eine Abschiebung verhindert werden, weil sich beherzte FreundInnen und Bekannte vor das Haus gestellt hatten. Die paar dutzend Menschen, die die Polizei blockierten haben, sind für Röthis eine große Menge und haben auch den Bürgermeister des Ortes durch den Druck auf ihre Seite gebracht. In immer mehr Ortschaften gibt es Menschen, die nicht einfach zusehen wollen, wie ihre NachbarInnen einfach weggebracht werden. SchülerInnen prote-

stieren gegen die Abschiebungen ihrer FreundInnen und KlassenkollegInnen.

Es zeigt sich, es braucht Druck statt Appellen, Masse ist nötig, Promis reichen nicht. Es geht um Druck, der den Verantwortlichen weh tut. Weh tut, was kostet. Gemeint ist hier kein individueller Boykott, sondern kollektiver Widerstand. MitschülerInnen, die von Abschiebung bedroht sind, können durch Schulkomitees unterstützt werden. Schulstreiks können zeigen „Hände weg von unseren FreundInnen“.

Die vielen AsylwerberInnen in Österreich verbinden zwei Tatsachen: 1) sie werden vom Staat diskriminiert und als Menschen zweiter Klasse behandelt. Und 2) sie sind so gut wie alle in irgendeiner Form ArbeiterInnen. Legal in Fabriken und Geschäften, gezwungenermaßen illegal auf Baustellen und Lagerhallen. Oder indirekt

weil Eltern bzw. PartnerInnen arbeiten. Sie alle haben in Österreich eine Vertretung – die sie allerdings ignoriert. Der ÖGB hat die Aufgabe, die Rechte der ArbeitnehmerInnen zu verteidigen – und dazu gehören auch AsylwerberInnen und ihr Menschenrecht auf ein sicheres Leben. Der ÖGB hat hier nicht nur eine moralische Verpflichtung, sondern auch eine pragmatische: werden die ArbeitnehmerInnen in In- und AusländerInnen, in „legale“ und „illegale“ aufgespalten, dann können sie gegeneinander ausgespielt und erpresst werden. Die Gewerkschaft und die ArbeitnehmerInnen insgesamt werden dadurch geschwächt. Die Gewerkschaft hat die Macht und Möglichkeit, die Abschiebung unserer KollegInnen und ihrer Familien zu verhindern. Solange er untätig ist, trägt der ÖGB eine große Mitschuld am täglichen Leid der Abgeschobenen!

Wofür wir stehen

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf ko-

stenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.

- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Ausreichend Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle

- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit. Keine Kooperation & kein Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie BfJ, NVP & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Armut & Verschuldung sind

die Folge imperialistischer, neokolonialer Politik. Für internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung.

- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.

Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail slp@slp.at Web www.slp.at